

# Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben  
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Ersteinst wöchentlich am Sonnabend  
Verlagspreis: vierteljährlich 4,80 Mark, unter Abzug von 6 Mark  
Eingetragen in die Postzeitungsverzeichnisse. Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantwortl. Redakteur: Fr. Arley, Berlin-Nichtenberg  
Redaktion und Expedition: Berlin O 7, Schillerstraße 6  
Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW 68

Insertionspreis:  
Für Inserate aller Art: die sechsgezeigte Notenschekke 1 Mark  
für Todesanzeigen Zelle 70 Pfennig, für Arbeitsmarkt 25 Pfennig.

## Es bleibt wahr, daß die Einigkeit der Arbeiter in ihrem Interesse liegt. Wer die Einigkeit fördert, dient dem Interesse der Arbeiter. Deshalb alle unsere Berufsarbeiter in unserem Verbands: Das Ziel muß verwirklicht werden!

### Die Gerstenbelieferung der Brauereien.

Trostlos sieht es in diesem Jahre bisher mit der Belieferung der Brauereien mit Gerste aus. Mehrfach hat sich schon die Arbeitsgemeinschaft, Gruppe Brauereien, damit befaßt in Beratungen unter sich und in Vorstellungen im Reichswirtschaftsministerium. Am 9. Oktober schickte die Arbeitsgemeinschaft ein Telegramm an den Reichskanzler Bauer, in welchem auf die Folgen hingewiesen und sofortige ausreichende Belieferung der Brauereien mit Gerste gefordert wird. Bis dahin hatten die außerbayerischen Brauereien noch keinen Korn Gerste.

Ende Oktober wurde dann amtlich bekanntgegeben, daß nun endlich Anordnung getroffen sei, daß den Brauereien neues Getreide zugewiesen wird. Die ganz kleinen Betriebe sollten mit 10 Proz. die übrigen vorerst bis zu 5 Proz. beliefert werden. Dieses sollte eine Teilbelieferung sein, da es mit Rücksicht auf die bisherigen Getreideablieferungen und die Brotversorgung kurzzeit noch nicht möglich ist die gesamte für die Brauindustrie im Wirtschaftsplan vorgegebene Menge zur Ausschüttung zu bringen. Mit der Belieferung wird sofort begonnen.

Die Belieferung hat ja nun begonnen, aber bis jetzt sind den außerbayerischen Brauereien erst ganze 18 500 Tonnen tatsächlich geliefert, von den 60 000 Tonnen, die den Brauereien vorerst zugeteilt sind. Die Malzfabriken, welche für die Brauereien ohne Malzereien im Lohn malzen, sollen schon mit 5 Proz. beliefert sein.

Am 19. November beschäftigte sich die Arbeitsgemeinschaft, Gruppe Brauereien, wieder mit der Gerstenbelieferung. Die Sitzungsteilnehmer kamen zu dem Beschluß, nochmals beim Reichswirtschaftsminister eine Ausdrucksache herbeizuführen zwecks sofortiger größerer Belieferung der Brauereien da mit dem gelieferten geringen Quantum nichts anzufangen sei, eventuell sollen Vorschläge gemacht werden, um eine schnellere Belieferung zu ermöglichen. Außerdem war sich die Sitzung einig, daß zu dem Zweck, um das Bier wieder trinkfähig zu machen, den Konsum zu heben und die Generalunkosten herabzudrücken, mindestens eine Belieferung von 15 Proz. nötig ist und verlangt werden muß. Das Bier, wie es jetzt ist, wird von den Konsumenten nicht mehr angenommen; es müsse mindestens ein Prozentiges Bier hergestellt werden.

Inzwischen hat sich nun der Reichsrat mit der Frage beschäftigt. In seiner Sitzung vom 20. November erstatteten der III. und IV. Ausschuß mündlichen Bericht über den Antrag Preußens, betreffend Entwurf einer Verordnung über die Malzkontingente der Bierbrauereien im Kontingentsjahr 1919/20.

Berichterstatter war Ministerialdirektor v. Scharf von der sächsischen Geisandtschaft. Er wies darauf hin, daß der Eintritt Bayerns, Württembergs und Badens zur Biersteuergemeinschaft eine Änderung der Verordnung über die Malzkontingente der Bierbrauereien und den Malzhandel vom 20. November 1917 notwendig mache, und zwar 1. in der Festlegung einer gleichmäßigen Kontingentierung, 2. in einer gleichmäßigen Regelung der Übertragung von Malzkontingenten.

Was die Festlegung eines gleichen Kontingentes anlangt, so liege ein Antrag des Staatsministeriums von Preußen vor, den § 1 dahin abzuändern, daß die zur Bierherstellung verwendbare Malzmenge gleichmäßig für alle deutschen Brauereien auf 15 Proz. und für die Kleinbetriebe auf 16 Proz. festgesetzt werde. Er bemerkt dabei, daß die Festlegung des Kontingents noch nicht ein Recht auf Belieferung in dieser Höhe gebe. Bis jetzt sei die Belieferung der Brauereien in Höhe von 5 Proz. ganz allgemein gesichert. Den maßgebenden Stellen

erscheine eine Gesamtbeflieferung von 8-10 Proz. als möglich. Der bisherige Wortlaut des § 1 könnte Veranlassung geben, die neuen Bestimmungen nur für die Dauer eines Jahres zu treffen; die Ausschüsse hätten jedoch sich dahin entschieden, die Geltung für die ganze Dauer der Verordnung auszusprechen.

Der Berichterstatter erwähnte, daß neben dem gedachten Antrage Preußens auf gleichmäßige Festlegung eines 15 proz. Kontingents Württemberg den Antrag gestellt habe, das Kontingent gleichmäßig auf 10 Proz. festzusetzen. Dieser Antrag Württembergs sei mit Rücksicht auf die allgemeine Ernährungslage gestellt und insbesondere deshalb, weil Bayern bereits starke Einlagerungen von Gerste vorgenommen habe, so daß bei dieser Sachlage die gleichmäßige Belieferung aller deutschen Brauereien gefährdet ersehen. Die Ausschüsse hätten sich jedoch dahin entschieden, den Antrag Württembergs abzulehnen aus zwei Gründen: einmal wegen des schlechten Eindrucks auf die Brauindustrie, andererseits weil immerhin doch noch die Möglichkeit bestehe, wenn auch nur auf dem Wege der Einfuhr aus dem Auslande, das 15proz. Kontingent durchzuführen. Württemberg habe schließlich auch seinen Antrag auf beruhigende Erklärungen Bayerns hin zurückgezogen. Der Antrag Preußens, das Kontingent allgemein gleichmäßig auf 15 Proz. festzusetzen, wurde alsdann debattelos angenommen. Vorher gab jedoch der Vertreter Württembergs, Ministerialdirektor Dr. Schleichauf, eine Erklärung zu Protokoll, aus der folgendes hervorzuhelien ist:

Der Antrag Württembergs, das Kontingent nicht auf 15, sondern gleichmäßig auf 10 Proz. festzusetzen, sei in einer gewissen Erregung darüber begründet, daß aller Voraussicht nach ein Kontingent von 15 Proz. nicht voll beliefert werden würde, ferner aus der Befürchtung, daß Bayern, das bereits 15 Proz. eingelagert habe, letzten Endes unter Umständen doch höher als die anderen außerbayerischen Brauereien beliefert werden würde. Wenn Württemberg schließlich dem preussischen Antrag zugestimmt habe, so sei dies deshalb geschehen, weil ihm seitens des Reichswirtschaftsministeriums die gleiche Belieferung aller deutschen Brauereien zugesichert worden sei. Im übrigen habe auch der Vertreter Bayerns in den Ausschüssen auf eine frühere Erklärung eines bayerischen Vertreters gegenüber dem Reichswirtschaftsministerium in dieser Frage Bezug genommen und beruhigende Erklärungen abgegeben.

Im Vertrauen darauf hätten die Ausschüsse die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die gedachten Berprechungen innegehalten würden, auch hätten sie sich eine Kontrolle über die Ausführung der gleichmäßigen Belieferung vorbehalten.

Am Freitag 28. November, hatte die Reichsarbeitsgemeinschaft, Gruppe Brauerei, eine Aussprache mit dem Reichswirtschaftsminister selbst. Offen wir nun, daß dem wohlbegründeten Interesse der Brauindustrie und der Brauereiarbeiter für welche die Frage brennend ist, Rechnung getragen wird: daß die allgemeine Belieferung in Höhe von 15 Proz. erfolgt und daß mit der weiteren ausreichenden Belieferung auch sofort begonnen wird.

Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf annähernd das Fünffache. In den zwei Wochen vom 27. Oktober bis zum 9. November wurden an die Bevölkerung verteilt.

	jetzt	Nov. 1913
4000 Gramm Brot	320 Pf.	100 Pf.
700 " Kleingebäck	70 "	35 "
500 " Weizenmehl	84 "	22 "
150 " Süßfrüchte	38 "	6 "
7000 " Kartoffeln	210 "	35 "
250 " Rindfleisch	238 "	45 "
200 " Speck	166 "	40 "
40 " Butter	56 "	11 "
130 " Margarine	156 "	21 "
200 " Schmalz	352 "	27 "
375 " Zucker	78 "	17 "
250 " Marmelade	65 "	15 "
125 " Tilfiter Käse	88 "	23 "
Zusgesamt	1921 Pf.	397 Pf.

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 1921 Mk. zahlen muß, konnte man vor sechs Jahren für 3,97 Mk. kaufen. Will man aber diese dürftige Kost, die knapp drei Fünftel des Nahrungsbedarfs eines erwachsenen Mannes zu decken vermag, im freien Handel oder im Schleichhandel ergänzen, so wird man finden, daß man, um satt zu werden, im ganzen wohl sechs bis siebenmal soviel ausgeben muß als vor dem Kriege. Leider beschränkt sich die Preissteigerung nicht auf die Ernährung. Sie ist mindestens ebenso groß für Kleidung, Belichtung und Heizung. Die einzige wichtige Ausgabe, die nicht sehr viel höher geworden ist, ist die Miete, und diese schafft in der Tat einen kleinen Ausgleich. Es wird man vielleicht zu dem Schluß kommen, daß das Leben heute für den Arbeiter in Groß-Berlin etwa fünf- bis sechsmal so teuer ist als vor dem Kriege.

Es gieße den Tatsachen Gewalt an, wollte man behaupten, auch das Einkommen der Arbeiter sei auf das Fünf- bis Sechsfache gestiegen. Man würde sogar schon zu günstig rechnen, wenn man im Durchschnitt eine Verdierfachung annehmen wollte. Der Reallohn ist also heute viel niedriger als vor dem Kriege. Man wird den Rückgang auf mindestens ein Drittel schätzen müssen. Man würde sich aber täuschen, wenn man glaubte, durch eine entsprechende Erhöhung der Geldlöhne wieder den alten Reallohn erreichen zu können. Denn eine solche allgemeine Erhöhung der Geldlöhne würde die Teuerung noch mehr verschärfen, weil dadurch die Kaufkraft der Massen gesteigert würde, ohne daß gleichzeitig die vorhandenen Warenmengen vermehrt würden, und weil die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden dadurch gesteigert und somit die schwebenden öffentlichen Schulden, deren dauernde Zunahme der Hauptgrund für das Sinken des Geldwertes ist, noch weiter vermehrt würden. Nach Lage der Dinge erscheint es zurzeit unmöglich, die Arbeiter wieder in den Genuß ihres alten Reallohnes zu versetzen. Das kann nur geschehen, wenn unsere öffentlichen Finanzen durch Abänderung der schwebenden Schulden mittels einer wirklich einmaligen großen Vermögensabgabe und durch Anpassung der Einnahmen an die Ausgaben saniert werden.

### Teuerung und Löhne.

Dr. Ruzynski, Direktor des Statistischen Amtes in Schöneberg, schreibt in der Tagespresse: Die Kosten der Lebenshaltung sind infolge der Preissteigerungen für Brot und Zucker abermals gestiegen. In Berlin kostet jetzt Brot dreimal soviel als vor dem Kriege. Milch viertel soviel, Butter und Zucker fünfmal soviel, Kartoffeln sechsmal soviel, Margarine siebenmal soviel. Bei den meisten Waren, die dem freien Handel überlassen sind, ist die Preissteigerung noch größer. Eier z. B. sind zwanzigmal so teuer als vor dem Kriege. Das gleiche gilt für Butter im Schleichhandel.

### Vom Wesen der Arbeit

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)  
Das Wort Arbeit hat einen besonderen Klang. Die einen hören etwas Hartes, Mühsames heraus, wenn sie es aussprechen hören, die andern etwas Erquickendes, Lebendiges, etwas, was dem Leben erst die richtige Weite gibt. Widerwillen und Glücksgerichte besetzen die Menschen bei der Arbeit. So verschieden ist aber auch die einzelnen Menschen zu der Arbeit stellen mögen, eine bleibt unbeschäftigt: Ohne Arbeit können wir nicht leben, wir müssen

arbeiten, wenn wir leben wollen, und einzuweisen drängt uns die Not, unsere besten Kräfte auf die gutgenutzende Arbeit zu richten. Das Ziel der Arbeit ist möglichst viel Arbeit für den Lebensbedarf heranzubekommen.

So vermag ein Mann, kein Tier, kein Insekt, keine Pflanze weder ungenützt, noch ohne Absicht zu arbeiten. Die Arbeit ist eine bewusste Tätigkeit, die auf die Befriedigung der Bedürfnisse abzielt. Sie ist die Tätigkeit, die den Menschen aus dem Tierreich hebt. Sie ist die Tätigkeit, die den Menschen zum Menschen macht. Sie ist die Tätigkeit, die den Menschen zum Menschen macht. Sie ist die Tätigkeit, die den Menschen zum Menschen macht.

Was uns die Natur die Stoffe nicht gewährt, müssen wir arbeiten. Die Arbeit ist also ein notwendiges Übel, das wir überwinden müssen, um leben zu können. Sie ist die Tätigkeit, die den Menschen zum Menschen macht. Sie ist die Tätigkeit, die den Menschen zum Menschen macht. Sie ist die Tätigkeit, die den Menschen zum Menschen macht.

Viele behaupten, jeder Mensch beschüre in sich den Drang zur Betätigung. Aber was ist damit gesagt? Für die Arbeit ist die Betätigung ein notwendiges Übel, das wir überwinden müssen, um leben zu können.

In diesen Dingen wollen wir uns doch kein X für ein Y vornehmen. Der Dichter sagt zwar, Arbeit macht das Leben süß. So spricht er sich aus, als empfinde er die Arbeit als eine angenehme Tätigkeit, die den Menschen zum Menschen macht.

Siege eigentlich ist es, daß die allermeisten Menschen gar kein richtiges Bewußtsein von dem haben, was sie tun. Sie arbeiten, weil sie müssen, weil sie den Hunger nach Lebensmitteln, um sich etwas zu verdienen und um zu überleben, nicht zu übersehen können.

Ohne Arbeit keine Kultur, kein verfeinerter Lebensgenuss. Daher darf Arbeit nicht als schwere Mühe und Last angesehen werden. Sie ist die Tätigkeit, die den Menschen zum Menschen macht. Sie ist die Tätigkeit, die den Menschen zum Menschen macht. Sie ist die Tätigkeit, die den Menschen zum Menschen macht.

Das heutzutage empfindliche Alter gekränkt hat, daß die Arbeit nicht mehr die gleiche Bedeutung hat, wie sie früher hatte. Sie ist die Tätigkeit, die den Menschen zum Menschen macht. Sie ist die Tätigkeit, die den Menschen zum Menschen macht. Sie ist die Tätigkeit, die den Menschen zum Menschen macht.

richtigen Einblick in das Wesen der neuzeitlichen Arbeit haben. Es werden manche Menschen unter dem ewigen Strahl ihrer Arbeit, aber keineswegs ist das bei allen der Fall. Hugo Münzberg, der vorerwähnte Wirtschaftsprüfung, hat gerade über dieses Kapitel einige sehr beachtenswerte Bemerkungen gemacht. Er führt einige Beispiele aus den Untersuchungen von Levensfeld an, die wiederholende Bewegung der Menschen zur Maschine mache. Wenn es auch immer dieselbe gleiche Arbeit ist, jeden Morgen habe ich dieselbe gleiche Lust wie am Tag vorher.

Daraus geht hervor, daß es nicht die ewigen, gleichförmigen Wiederholungen sind, die unter Einlage gefühlt werden müssen, sondern daß die für solche Arbeitsvorgänge ungeeigneten ausgeführt und zu anderen Arbeiten verwandt werden sollten.

Zu den persönlichen Ansagen und dem oben angeführten Verfahren steht mir auch das Urteil eines Arbeiters zur Seite: „Es ist nicht ganz richtig, daß die moderne Technik alle Arbeiter entgeistert. Auch nicht alle Arbeit der Fabrikarbeiter. Gewisse moderne Maschinen erheben von ihren Wärtern ein so hohes Maß geistiger Regierbarkeit, daß das Verhältnis in der Zukunft geistiger Mensch und Maschine mehr aus dem Leben gegriffen ist.“

Der hier angezeigte Unterschied kann wohl nicht krasser ausgedrückt werden als durch die Aussagen zweier Personen. Auf die Frage, ob die Arbeit Vergnügen mache, antwortete ein Bergmann: „Ja, denn es gibt keine inderwertigere Arbeit als die des Bergmanns.“ Ein anderer erwiderte auf dieselbe Frage: „Meine Arbeit macht mir absolut kein Vergnügen, das ist auch im Bergbau so gut wie ausgeschlossen.“

Höher kommt dieses unwillige, von keiner Sozialreform zu überbrückende Urteil? Von dem gänglichen Mangel freilebender und freier Erziehung. Jeder, der sich auf nur ein Wesen mit diesen Dingen befaßt hat, weiß, daß dieselbe richtige Erziehung auf den Menschen ganz verschiedene Resultate in den Menschen hervorruft: Der eine wird dadurch abgehoben, der andere angezogen oder in der Sprache der Seelenkünde: bei einem ruft sie Lust, beim andern Unlust hervor.

Wie oft habe ich gehört: Kein Sohn darf nicht Offenbar, nicht Kaufmann, nicht Lehrer, nicht Postler werden. Warum? Weil der Vater sich in seinem Beruf nicht zufriedengeht hat. Diese Väter begehen den auch sonst häufig beobachteten Fehler, daß sie ihr eigenes Empfinden und Gefühl in ihre Söhne hineinverlegen und damit aus ihnen herausheben, daß sie sich in den von den Vätern gemachten Menschen nicht behaglich fühlen können.

In diesen Fragen müssen wir in Zukunft sehr auf der Hut sein. Auswahl und Einstellung müssen viel sorgfältiger als bisher gepflegt werden. Für die Eignungsvoraussetzungen müssen ganz neue Bedingungen geschaffen werden. Es ist uns nicht das geringste, wenn jemand die Note nicht sehr gut bekommt. Wir brauchen wirklie, die lustvoll und wörtlich feststellte Eignung. Eignung heißt Können, vor allem aber auch Freude an der Betätigung. Ich wünsche auch für die geistigen Arbeiter: Wenn es auch immer dieselbe Arbeit ist, jeden Morgen habe ich dieselbe gleiche Lust wie am Tage vorher.

Die Arbeit macht das Leben süß, wenn jede Person an die Stelle kommt, für die sie sich eignet. Jeder eignet sich für etwas. Dieser Platz muß gesucht werden. Zum Feststellen der Eignung und der Arbeitslust müssen wir besondere Einrichtungen schaffen.

### Kampf gegen die „Herren“ in der Mülerei.

Am 19. Juli d. J. hat die Zeitung der Jagdstelle Kullmbach im Auftrag der in den Mühlen beschäftigten Arbeiter den Entwurf eines Tarifvertrages an die Mülerei-Vereinigung für Kullmbach-Stadt und Land eingereicht. Die Herren Unternehmer ließen aber in den folgenden mündlichen Unterhandlungen jedes Entgegenkommen vermissen und die Bezirksleitung war gezwungen, das Gewerbeamt Kullmbach als Einigungsamt anzurufen. Die Unterhandlungen vor dem Einigungsamt verliefen resultatlos und die Unternehmer ließen durchblicken, daß sie unter keinen Umständen einen Vertrag anerkennen, der den Arbeitern das Recht gibt, über Lohn- und Arbeitsbedingungen im- und aus-Handel zu verhandeln.

Der nun glückliche, daß man endlich nach fast 4 Monaten, nachdem alle behördlichen Instanzen in dieser Angelegenheit gesprochen hatten, die Mühlenarbeiter zu ihrem Recht kommen würden, hat sich geändert. Die Unternehmer verweigerten noch wie vor die Unterzeichnung des Vertrages und damit auch die Entlohnung der Arbeiter nach dem im Vertrag vorgesehenen Satz. Die Bezirksleitung verfuhr nachmals durch die Vermittlung des hiesigen Gewerbeamtes als Einigungsamt eine Verfehlung herbeizuführen, als auch dieser Versuch scheiterte an der ablehnenden Haltung der Unternehmer. Auch der Hinweis seitens des Vorsitzenden des Einigungsamtes, daß der Rommelsdorfer Mülerei-Vereinigung in Kullmbach-Stadt in bezug auf die Erhöhung der Mülerei-Entgeltgruppen zeigen werde, konnte die Unternehmer nicht veranlassen, eine Verständigung herbeizuführen.

Abgesehen von der miserablen Entlohnung kämpfen die Kollegen in erster Linie um das Recht der Mitbestimmung über Arbeits- und Lohnverhältnisse. Daß aus solchen Gründen in der heutigen Zeit noch Kämpfe geführt werden müssen, und auch bei einem großen Teil des deutschen Unternehmertums nicht vorhanden werden, für alle hauptsächlichsten Berufe sind in Kullmbach Verträge abgeschlossen. Und gegenüber der erregten Stimmung, daß sie alles das, was in dem Tarifvertrag festgelegt ist, als eine Selbstverständlichkeit hatten und deshalb den von der Demobilisierungsgesellschaft verbindlich erklärten Vertrag nie und nimmer unterschreiben wollen.



